Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erfüllung werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 26 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 35 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 60 Goldpfennige, amtliche Zeile 35 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1908

Nr. 14 — Donnerstag, den 17. Januar 1924 — 19. Jahrgang

Englische Politik.

Es ist für den Kontinentalbeobachter ein eigenartiges Schauspiel, das die englische Politik mit ihrer Vereinigung altüberkommener Formen, auf denen der Staub der Jahrhunderte liegt und der geschickten Anpassung an die Bedürfnisse des Tages und die fortgeschrittensten Ideen der Zeit bietet. Die Eröffnung derjenigen Parlamentssitzung, in der die Macht des britischen Reiches zum ersten Mal an die Arbeiterpartei also gewissermaßen an den Sozialismus, übergeht, vollzog sich in demselben altertümlichen Prunk, mit demselben Aufgebot von gepuderten Perücken, gallonierten Dienern, goldverzierten Staatskarossen, wie seit jeher. Und auch die Vertreter der Arbeiterpartei selbst machten nicht einmal den Versuch, dieses historische Zeremoniell zu durchbrechen. Ja sogar das Mißtrauensvotum daß die Arbeiterpartei gegen die bisherige konservative Regierung eingebracht hat, ist in dem traditionellen höfischen Ton abgefaßt und lautet: „Es ist unsere Pflicht, Eure Majestät sehr ehrerbietig darauf aufmerksam zu machen, daß die gegenwärtigen Berater Eurer Majestät nicht das Vertrauen dieses Hauses besitzen." Die Arbeiterpartei würde sich diesen Gepflogenheiten sicher nicht gefügt haben, wenn sie nicht wüßte, daß ihre Haltung auch bei den breiten Massen des englischen Volkes Verständnis finden wird und daß man ihr daraus nicht den Vorwurf machen wird, sie habe ihre Grundsätze verraten. Sie weiß, daß das englische Volk geschult genug ist, um die Sache von der Form trennen zu können. Das englische Volk ist in dieser Beziehung also sehr viel weiter als das deutsche, wo weite Kreise es leider noch immer aus dem Arbeiterstande hervorgegangenen Ministern oder anderen Würdenträgern verargen wenn sie einen schwarzen Rock anlegen oder täglich einen reinen Kragen umbinden.

Auch in anderer Beziehung ist der Verlauf der englischen Unterhausdebatte über die Thronrede bemerkenswert und für uns lehrreich. Sowohl im Oberhause wie auch im Unterhause wurden die Gegensätze zwischen Regierung und Opposition in voller Schärfe ausgetragen, und die Gegner ließen sich gegenseitig keinerlei Schonung angedeihen. Der Vertreter der abtretenden konservativen Regierung im Oberhause Lord Curzon, erklärte jedoch am Schluß seiner Rede, daß solange die Arbeiterpartei würdig die Interessen des englischen Reiches vertreten würde, das Oberhaus keinen parteipolitischen Widerstand erheben werde. Diese Erklärung ist mehr als eine Höflichkeitsfloskel, da die Arbeiterpartei im Oberhause fast garnicht vertreten ist und man auch kaum daran denken kann, ihr, wie das früher üblich war, durch einen Patrsschub eine Mehrheit zu verschaffen. Die Loyalität gegenüber dem politischen Gegner ist außerordentlich bemerkenswert und zeigt, wie stark das Staatsgefühl und das politische Verantwortlichkeitsbewußtsein die Parteileidenschaft überwiegt. Die englische Auffassung von fair play verlangt es daß auch der Arbeiterpartei Gelegenheit gegeben wird zu zeigen, was sie zu leisten vermag, und daß ihre Gegner es ablehnen, ihr gleich von vornherein Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Man vergleiche mit dieser vornehmen Handlungsweise die Art, wie bei uns ohne Rücksicht auf das Interesse des Staates und der Volksgesamtheit Opposition getrieben wird, und man wird ermessen, wieviel Erziehungsarbeit noch bei uns geleistet werden muß.

In sachlicher Beziehung war die Adreßdebatte im Unterhause wenig ertragreich. Sowohl die Rede des Premierministers Baldwin wie seines voraussichtlichen Nachfolgers Ramsay Macdonald waren farblos und enttäuschten ein wenig. Auf höherem Niveau stand die Aussprache im Oberhause, wo der liberale Lord Grey für die Opposition sprach. Bemerkenswert ist nur die Einstellung der verschiedenen Regierungs- und Oppositionsredner gegenüber Frankreich, denn alle stimmten darin überein, daß eine Verständigung mit Frankreich gesucht werden müsse. Den Hauptteil der Rede Lord Curzons bildete geradezu eine Rechtfertigung der bisherigen Regierung gegen den Vorwurf daß sie nicht genug zur Aufrechterhaltung der Entente mit Frankreich getan habe. Das hinderte die einzelnen Redner allerdings nicht, an der französischen Politik insbesondere gegenüber Deutschland Kritik zu üben, und ein besonders scharfes Verdikt wurde sowohl von Lord Grey wie von Lord Curzon über die Begünstigung der rheinischen Separatisten durch Frankreich gefällt. In der Praxis geht ja auch die englische Politik darauf hinaus, Frankreichs Machtstreben überall in der Welt entgegenzutreten. Aber man hütet sich sehr wohl, es zu einem offenen Bruch mit der ersten Militärmacht der Welt kommen zu lassen. Es kann kein Zweifel bestehen, daß auch die neue Arbeiterregierung an dieser traditionellen Grundlage englischer Politik festhalten wird. Die Bemühungen der Arbeiterregierung werden also dahin gehen, dem französischen Militarismus dadurch die Grundlage zu entziehen, daß er eine konsequente Friedenspolitik mit Hilfe des Völkerbundes eröffnet, die Frankreich die Furcht vor einer deutschen Revanche zu nehmen bestimmt ist. Die englische Politik tut vielleicht so, als beruhte sie auf der Auffassung, daß Frankreichs Uebergriffe gegenüber Deutschland vor allen Dingen durch die Furcht vor Deutschland zu erklären sei, die es zu immer neuen Rüstungen und Zerstücklungsplänen gegenüber Deutschland treibe. An dem ist es aber nicht. Lord Curzon nannte die Lage in Bezug auf die Politik der französischen Regierung „ein wenig besorgniserregend" für England. Niemals deswegen, weil sich die Spitze der englischen Politik gegen Deutschland richtet, sondern weil England höchstselbst sich bedroht sieht. Deshalb sieht England immer wieder eine Annäherung an Frankreich, um dadurch durch eine Liquidierung dieser Gegensätze die Reparationsfrage zu regeln. Man hofft, daß der Sturz des Franken die Machthaber an der Seine zur Besinnung bringen und somit eine neue europäische Katastrophe verhindern wird.

Die Bedeutung der Reise Schachts.

Die Berufung des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht vor das Sachverständigenkomitee, das sich mit der Stabilisierung der deutschen Währung zu beschäftigen hat, kann im großen und ganzen als ein günstiges Vorzeichen angesehen werden. Man muß sich daran erinnern, daß Poincare als Vorbedingung für den Zusammentritt des Sachverständigenkomitees verkündet hatte, daß diesem deutsche Vertreter nicht zugezogen werden dürften. Aber der erste Sachverständige, der von dem Komitee berufen wird, ist gerade ein Deutscher, weil sich die ausländischen Delegierten, wenigstens in ihrer überwiegenden Mehrheit, darüber klar wurden, daß man über die Stabilisierung der deutschen Währung ohne Zuziehung eines deutschen Vertreters nicht verhandeln könne.

Im Sachverständigenkomitee scheinen bereits Meinungsverschiedenheiten zu herrschen, die insbesondere von dem französischen Delegierten Parmentier herzurühren scheinen. Andererseits aber scheinen zwischen dem englischen Delegierten Sir Robert Kindersley und den französischen, belgischen und italienischen Delegierten Meinungsverschiedenheiten aufgetaucht zu sein. Es muß auffallen, daß am Dienstag nachmittag keine Sitzung des Komitees stattfand. Man begründet dies damit, daß die belgischen und italienischen Delegierten zunächst einmal die Dokumente studieren wollen mit denen sich die Amerikaner bereits seit einer Woche vertraut gemacht hatten. In Frankreich ist man übrigens mit der ganzen Beratung bereits unzufrieden. Die Rede des Generals Dawes, vor allem aber die Berufung des Reichsbankpräsidenten Schacht verstimmt die französische nationalistische Presse.

Deutschland hat nichts zu verbergen.

„Neuyork Herald" meldet: Der Sachverständigenausschuß beabsichtigt, den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht über den gegenwärtigen Devisenbestand der Reichsbank zu befragen im Hinblick auf die Gründung der neuen Notenbank, die völlig unabhängig von der Regierung dastehen soll.

Hierzu erklärte einer der Finanzvertreter Deutschlands in Paris einem Journalisten, er vertraue darauf, daß Dr. Schacht ohne weiteres bereit sein werde, in Begleitung des Staatssekretärs a. D. Bergmann und anderer Sachverständiger nach Paris zu kommen. Deutschland halte alle Informationen für den Sachverständigenausschuß bereit und warte nur auf die Aufforderung, um sie der Reparationskommission oder irgend einem ihrer Ausschüsse zu übergeben. Man beabsichtige nichts zu verhehlen, sondern alles Erdenkliche zu tun, um die gegenwärtigen Schwierigkeiten einer erfolgreichen Lösung entgegenzuführen.

Eine machtvolle Kundgebung der Pfälzer.

Fünf Forderungen.

Anläßlich des Besuches des englischen Generalkonsuls Clive in der Pfalz haben der Pfälzische Industriellenverband, die pfälzischen Arbeitgeber und sämtliche ihm angeschlossenen Arbeitgeberverbände und Kartelle der Handelsschutzverband der Pfalz, die Handelskammer der Pfalz, der Verein für den rheinisch-pfälzischen Weinhandel, die Vereinigung Pfälzischer Zeitungsverleger, der Aerzteverband der Pfalz, die pfälzische Apothekerkammer, die pfälzische Anwaltskammer, das bischöfliche Ordinariat, der protestantische Landeskirchenrat und die israelitischen Kultusgemeinden der Pfalz folgende Kundgebung erlassen:

„Wir schließen uns rückhaltlos dem Protest der pfälzischen Bevölkerung gegen die Separatisten an, der der Z. K. K. in Koblenz überreicht worden ist. Besonders machen wir uns die in diesem Protest erhobenen Forderungen zu eigen:

1. Wiederherstellung der deutschen Verwaltungsrechte und Garantien, daß die rechtmäßigen staatlichen und gemeindlichen Behörden ihre Funktionen ordnungsgemäß verwalten und die Gerichtspflege unabhängig ausüben können
2. Versammlungs- und Pressefreiheit im Rahmen des Rheinlandabkommens,
3. Unantastbarkeit der persönlichen Freiheit und des Privateigentums im Rahmen des deutschen Rechts und des Rheinlandabkommens,
4. Rückgängigmachung aller durch die Sonderbündler vorgenommenen „Strafen", Verhaftungen und Beschlagnahmungen,
5. Entwaffnung der Separatisten und Wiederbewaffnung der deutschen Polizei. Wir verlangen ferner, daß die Rheinlandkommission Einspruch einlegt gegen die bisher auf Antrag der „autonomen pfälzischen Regierung" bei ihr amtlich eingetragenen Anordnungen."

Die Separatisten haben auf diese Veröffentlichungen mit der Besetzung des Geschäftshauses der beiden obengenannten Blätter und mit der Wegnahme der erschienenen Nummern geantwortet. Das gleiche Schicksal hatte aus demselben Grunde der „Pfälzische Kurier" in Neustadt.

•

Der britische Generalkonsul Botschaftsrat Clive aus München hat seinen Aufenthalt in der Pfalz von zwei auf fünf Tage ausgedehnt.

Speyer muß die Begräbniskosten des Heinz tragen.

Die Stadt Speyer ist von der separatistischen Regierung zu einer Geldstrafe von 20 000 Goldmark verurteilt worden, weil die sogenannte autonome Pfalzregierung noch immer keinen Anhaltspunkt für die Urheber des Attentats auf Heinz-Orbis gefunden habe. Auch wurde der Stadt Speyer von den Separatisten die Auflage gemacht daß sie sämtliche Beerdigungskosten für den getöteten Heinz-Orbis zu tragen habe, mit der Begründung weil die Stadtverwaltung noch nichts zur Ermittlung der Täter getan habe.

Der englische Botschafter bei Stresemann.

Der englische Botschafter weilte Dienstag nachmittag im Auswärtigen Amt, um von der Reichsregierung eine Reihe Auskünfte über die Separatistenherrschaft in der Pfalz zu erbitten, was auf ein erhebliches Interesse Englands an den Zuständen in der Pfalz schließen läßt.

Der Besuch des Botschafters ist ebenso wie die Reise des Münchener Generalkonsuls Clive nach Speyer die unmittelbare Folge des deutschen Protestschrittes, der am 13. dieses Monats in London unternommen worden ist.

Der vereitelte Anschlag auf Seeckt.

Es war durch einen Vertrauensmann bei einer Reichsstelle mitgeteilt worden, daß ein Anschlag auf General v. Seeckt geplant sei. Diese Reichsstelle hat auf Grund dieser Mitteilungen nähere Beobachtungen angestellt. Montagabend ist diese Anzeige direkt bei der Reichsstelle erstattet worden, und zwar von Persönlichkeiten, die scheinbar auf den Anschlagsplan eingegangen sind und die Anzeige erstatteten, nachdem von dem Anstifter des Verbrechens auf Ausführung des Anschlags gedrängt wurde. Die betreffende Reichsstelle hat sofort die Staatsanwaltschaft benachrichtigt und diese hat die Verhaftung des Beschuldigten veranlaßt. Die Voruntersuchung ist bereits eingeleitet worden. Die Nachrichten, daß auch ein Anschlag auf v. Kahr und Lossow beabsichtigt gewesen sei, kann an den Berliner zuständigen Stellen nicht bestätigt werden, wie überhaupt die bayrische Regierung zu Unrecht in die ganze Angelegenheit hineingezogen worden ist.

Der Täter führte einen Ausweis des „Wikingbundes" bei sich, der mit der früheren Organisation „Consul" in Verbindung steht. Diejenigen Personen, an die der Beschuldigte zwecks Ausführung des Anschlags herangetreten ist und die ihrerseits zur Anzeige geschritten sind, gehören deutschvölkischen Kreisen an. Der Täter Thormann ist ein angeblicher früherer Offizier, der den gerichtlichen Behörden seit längerer Zeit als ein schlecht beleumdetes Subjekt bekannt ist.

•

Im einzelnen erfährt man über die Angelegenheit noch folgendes:

Thormann kam vor einigen Tagen nach Berlin und begab sich in das Büro der Deutschvölkischen Freiheitspartei, wo er jedoch keinen der drei Abgeordneten, die sämtlich auf Reisen sind, antraf. Er verlangte von dem dort anwesenden Herrn daraufhin die Adresse eines Herrn D., den er von früher zu kennen behauptete und der gleichfalls in der Deutschvölkischen Freiheitspartei tätig ist. Tatsächlich erhielt Thormann diese Adresse und begab sich zu D. am letzten Sonnabend. Im Laufe der Unterredung erklärte Thormann, er sei mit der Absicht nach Berlin gekommen, Herrn v. Seeckt zu „er-